

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Juli–September 2013



3 | 2013

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats
Internet	www.destatis.de
Schriftliche Anfragen	www.destatis.de/kontakt
Fragen zum Heft	„Informationen aus der amtlichen Statistik“ Nr. 3/2013 Telefon +49 (0) 611 / 75 45 51
Statistischer Informationsservice	Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
Erscheinungsfolge	vierteljährlich
Erscheinungstermin	Im Oktober 2013
Fotorechte	©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2013	Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	<i>Seite</i>
Editorial	
Bundestagswahl 2013	5
Änderungen des Bundesstatistikgesetzes durch das E-Government-Gesetz	6
Veranstaltungen und Besuche	
Statistische Bibliothek online	7
59. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) in Hongkong am 25.–30. August 2013	7
99. Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter der Europäischen Union (DGINS) am 25. – 26. September in Den Haag	8
18. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 26. September 2013 in Den Haag	10
Twinning-Projekt mit Kasachstan	11
Tag der offenen Tür der Bundesregierung	13
Statistische Woche 2013 in Berlin	14
Arbeitstreffen mit Eurostat zur Modernisierung der Sozialstatistiken	15
SCORUS Konferenz zur europäischen Städtestatistik	16
Urban Audit Konferenz	17
7. INSPIRE-Konferenz	17
25. Working Party on Territorial Indicators (WPTI) der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)	18
Fachspezifisches im Fokus	
Statistisches Jahrbuch 2013	20
Europa in Zahlen: Neue Subsite geht online	21
Sportsatellitenkonto erfasst wirtschaftliche Bedeutung des Sports	21
Kroatien in der Europäischen Union in Zahlen	22
„Statistik ohne Grenzen“ Ausgabe 1/2013 erschienen	22
Bis 2050 sind 15.6 % der Weltbevölkerung über 65-Jährige	22
Länderprofil Japan	23
Studierende an privaten Hochschulen in Deutschland weit unter OECD-Durchschnitt	24
Hochqualifizierte in Deutschland	25
Über 400 000 Hochschulabsolventen im Jahr 2012	25
Kommission Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsmonitoring – Statistisches Bundesamt stellt wichtige Entwicklungen im Bereich Gesundheit vor	26
Neue Statistik zur Kindeswohlgefährdung veröffentlicht	27
Fleisch braucht Fläche – vor allem im Ausland	28
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“	29

Inhalt

Kontakt zur Redaktion	31
Personalmeldungen	
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	32
Statistischer Beirat	32
Statistisches Bundesamt	32
Statistische Landesämter	33
Anhang	
Tagungskalender	34
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Oktober 2013	36

Bundestagswahl 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,



es ist geschafft! Die Bundestagswahl 2013 ist erledigt. Indem ich als Bundeswahlleiter für die Organisation dieses Großprojektes verantwortlich bin, ist auch das Statistische Bundesamt zu großen Teilen unmittelbar mit der Wahl beschäftigt. Mein Haus stellt sowohl die fachliche Infrastruktur in Gestalt eines sachkundigen Unterstützungsbüros des Bundeswahlleiters als auch die logistisch-technische Infrastruktur, damit die Wahl auf Bundesebene gelingen kann. Weil diese Infrastruktur nicht ständig vorgehalten werden kann, bedeuten Bundestagswahlen für viele Beschäftigte meines Hauses zwar vorübergehende, aber erhebliche Belastung. So war es auch diesmal wieder. Vorbereitung, Durchführung und Veröffentlichung der Ergebnisse erforderten präzise Planung unter erheblichem Zeitdruck.

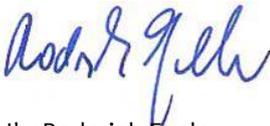
Den Anfang bildete die fachliche Vorbereitung durch das Wahlbüro des Bundeswahlleiters. Dies schloss die umfassende Zuarbeit der IT-Abteilung ein. Die Schnittstelle zur Öffentlichkeit bildete die Pressestelle. Viele weitere Dienstleistungen unseres Hauses, wie etwa Innerer Dienst, Druckerei und graphisches Büro arbeiteten dem Gesamtprojekt zu.

Diese Bundestagswahl war reich an Besonderheiten. Das novellierte Bundeswahlgesetz musste sich praktisch bewähren. Smartphones – bei der Wahl 2005 noch eine Neuheit, heute Standard – erforderten eine spezielle Anpassung des Internetangebotes. Die Software des Wahlsystems wurde weiter optimiert. Die Organisation des Treffens des Bundeswahlleiters mit dem Bundespräsidenten am Wahltag war eine protokollarische Herausforderung und wurde von den Organisatoren hervorragend gelöst.

Seit dem Montag nach dem Wahlsonntag, genau genommen 3.45 Uhr früh, bin ich in erster Linie wieder Statistiker und kümmern mich um die vielen Projekte, die während des Sommers in der Bundes- und europäischen Statistik gereift sind. Einen aktuellen Eindruck davon soll Ihnen das vorliegende Heft verschaffen.

Und wenn Sie weitere Fragen haben, nur zu: www.destatis.de/kontakt oder direkt unter der Rufnummer +49(0) 611 75 2405.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Roderich Egeler'.

Ihr Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Änderungen des Bundesstatistikgesetzes durch das „E-Government-Gesetz“



Zum 1. August 2013 traten einige wichtige Änderungen des Bundesstatistikgesetzes in Kraft, die in Artikel 13 des „Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ (E-Government-Gesetz – EGovG) enthalten waren. Das EGovG wurde am 31. Juli 2013 verkündet.

Elektronische Meldung als Standard für Unternehmen und öffentliche Stellen

§ 11 a Bundesstatistikgesetz verpflichtet ab sofort alle Unternehmen und Betriebe sowie die Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, ihre Angaben zur Bundesstatistik elektronisch zu übermitteln. Diese Regelung soll sowohl den Auskunftgebenden als auch den Statistischen Ämtern Kosten und Zeit sparen helfen. In der öffentlichen Verwaltung nutzen bereits einige Stellen den standardisierten elektronischen Datenaustausch. In diesen Fällen sind diese Verfahren auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit Behörden solche standardisierten Verfahren nicht nutzen, sind elektronische Übermittlungsverfahren nach Absprache mit den zuständigen statistischen Ämtern zu verwenden. Betriebe und Unternehmen sind hingegen verpflichtet, für die Datenübermittlung ausschließlich die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten elektronischen Verfahren zu nutzen. In begründeten Einzelfällen kann auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, beispielsweise wenn bei den befragten Unternehmen und Betrieben die technischen Voraussetzungen zur elektronischen Datenübermittlung nicht oder noch nicht vorliegen.

Georeferenzierung von statistischen Angaben

Darüber hinaus erlaubt § 10 Absatz 2 Bundesstatistikgesetz nunmehr, den Ortsbezug von statistischen Angaben georeferenziert zu speichern, indem geografischen Gitterzellen anstelle der administrativen Gebietseinheiten zur regionalen Zuordnung genutzt werden dürfen. Dadurch können Statistiken ohne Rücksicht auf Gemeinde- oder Ländergrenzen wesentlich flexibler und bedarfsorientierter räumlich ausgewertet werden, zum Beispiel für Zwecke des Katastrophenschutzes oder für die Planung einer bedarfsgerechten öffentlichen Infrastrukturversorgung.

Einzelangaben für die Wissenschaft als ordentliche Aufgabe

Schließlich wird in § 3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d BStatG geregelt, dass die Bereitstellung von Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke – unter Wahrung des Statistikgeheimnisses – zu den Aufgaben des Statistischen Bundesamtes gehört. Diese Aufgabe hat das Statistische Bundesamt durch das Forschungsdatenzentrum (FDZ) des Bundes auch bisher schon wahrgenommen. So wurden und werden der Wissenschaft Einzelangaben für Forschungszwecke auf verschiedene Weise zu Verfügung gestellt. Dazu zählen die Übermittlung absolut anonymisierter oder faktisch anonymisierter Einzelangaben oder die Bereitstellung formal anonymisierter Einzelangaben im Rahmen der kontrollierten Datenfernverarbeitung. Insoweit werden die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nicht erweitert, sondern insbesondere im Hinblick auf den Zugang der Wissenschaft zu entsprechenden Daten lediglich präzisiert. Die Statistischen Ämter der Länder werden durch diese Regelung nicht von dieser Aufgabe ausgeschlossen, sondern stellen der Wissenschaft, wie bisher, über ihre Forschungsdatenzentren Einzelangaben zur Verfügung.



Statistische Bibliothek online



Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen inzwischen überwiegend elektronisch.

Jetzt haben die statistischen Ämter ein gemeinsames Archiv für die elektronischen Publikationen angelegt, die „Statistische Bibliothek online“, und den Gesamtbestand an elektronischen Publikationen über eine gemeinsamen Online-Plattform zugänglich gemacht:

<https://www.destatis.de/GPStatistik/content/below/index.xml>

Die Statistische Bibliothek enthält alle Ausgabeformate der Veröffentlichung, in der Regel eine Excel-Version für die Weiterverarbeitung und eine PDF/A-Version für Ausdruck und Archivierung.

Die Statistische Bibliothek bietet den gewohnten Komfort eines elektronischen Kataloges:

- Mit wenigen Suchschritten über Herausgeber, Themenbereiche, Stichwörter und Regionen sind die gewünschten Veröffentlichungen zu finden.
- Bei Statistischen Berichten, Fachserien und Jahrbüchern gibt es eine übersichtliche zweistufige Ergebnisanzeige.
- Mit der Volltextsuche können die Ausgaben der monatlichen Amtszeitschriften nach Autoren und Textbestandteilen durchsucht werden.

Die in der Statistischen Bibliothek enthaltenen Dokumente können direkt heruntergeladen werden. Nach und nach werden auch immer mehr Veröffentlichungen der vergangenen Jahre zugänglich sein.

59. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts in Hongkong am 25.–30. August 2013



Der 59. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) hat vom 25. bis zum 30. August in Hong Kong stattgefunden.

Das ISI hat gemeinsam mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen das Ziel, die Statistiken auf allen Gebieten zu fördern und zu vereinheitlichen. Breiten Raum nehmen hierbei Probleme der Wirtschafts- und Sozialstatistik ein. Die in einem zweijährigen Turnus stattfindenden Weltkongresse dienen dem gegenseitigen weltweiten Erfahrungsaustausch zwischen amtlichen Statistikern und Wissenschaftlern und schaffen einen Beitrag wichtiger Impulse zur Weiterentwicklung von Statistiken. Das Statistische Bundesamt war auf dem 59. Weltkongress vertreten.

Vertreter des Statistischen Bundesamtes und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg haben die deutsche Bundesstatistik in zahlreichen Foren vertreten. So z. B. durch Organisation einer Sitzung zur Zeitverwendung. Ein wichtiger Bestandteil der Haushalts- und Sozialstatistiken ist die Messung der Häufigkeit und des zeitlichen Aufwands, die für Aktivitäten des täglichen Lebens benötigt werden. In der Sitzung wurden von verschiedenen nationalen Vertretern die jeweils nationalen Ansätze zur Messung dieser Aktivitäten vorgestellt. Eine von der Konferenz Europäischer Statistiker



der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen eingesetzte Task Force hatte zuvor Empfehlungen für die Durchführung von Zeitverwendungserhebungen vorgelegt, die diese Ansätze berücksichtigen. Neben dem Vergleich der Ansätze, wurden die Verwendung von Kurzerhebungsbogen und die Einbindung von Fragen zum individuellen Wohlbefinden in Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission besprochen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die erforderliche Modernisierung der Unternehmensstatistik. Im Zuge der weltweiten Globalisierung sind multinationale Unternehmen entstanden, die mit den bisherigen Systemen in der Unternehmensstatistik schwieriger zu erfassen sind. Abhilfe könnte hierbei unter anderem und im Zusammenhang mit einer Änderung der Produktionsmethoden dieser Statistiken ein flächendeckender Umstieg auf registergestützte Daten bieten.

Unter anderem wurden folgende weitere Themen diskutiert: Die Weiterentwicklung der Zensus-Methodik für die nächste Zensusrunde 2020/21 einschließlich der Frage der Nutzung von Registerdaten für Zensuszwecke, die gegenwärtigen Probleme bei der Definition von Dienstleistungen, deren strukturelle Unterschiede im Vergleich zur Warenproduktion und die Schwierigkeiten bei der Wahl einer geeigneter Produktivitätsformel. Außerdem befassten sich mehrere Sitzungen mit dem Thema der Nutzung von „Big Data“, sogenannten Massendaten, die u.a. durch die Internetnutzung entstehen.

Alle Fachbeiträge werden vom Veranstalter unter <http://www.isi2013.hk/en/index.php> oder über die Website des ISI (<http://isi-web.org>) veröffentlicht.

Der 60. ISI Weltkongress findet 2015 in Rio de Janeiro/Brasilien statt.

99. Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter der Europäischen Union (DGINS) am 25. – 26. September in Den Haag

Zur jährlichen Konferenz der europäischen Statistik-Amtsleiter DGINS hatte das Statistische Amt der Niederlande für den 25./26. September nach Den Haag eingeladen. Die diesjährige Konferenz umfasste eine Klausurtagung der Generaldirektoren der statistischen Ämter der EU über die Zukunft des „Europäischen Statistischen Systems (ESS) mit paralleler Sitzung der „High Level Group on Priority Setting“ sowie je ein Seminar über das Konzept der „Peer Reviews“ im ESS sowie zum Thema „Big Data“.

„Eurostat-Vision“: Empfehlungen zur Adjustierung des Implementierungsprogramms

Die Klausurtagung der Generaldirektoren befasste sich mit der Umsetzung der sogenannten „Eurostat-Vision“, die mit der KOM Mitteilung 404/2009 (Methode zur Erstellung von EU Statistiken: Eine Vision für das nächste Jahrzehnt skizziert wurde und derzeit im Vision Implementing Project Programm (ESS.VIP) realisiert wird. Die Tagung war von der Agentur „Capgemini Consulting“ auf der Grundlage von Interviews der 28 Generaldirektoren der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten vorbereitet worden und wurde auch von ihr moderiert. Die Diskussion wurde von den Amtsleitern unter strategischen Gesichtspunkten der Modernisierung des ESS, einer Verbesserung der Kooperation im ESS und der Machbarkeit der Umsetzung des ESS.VIP Programms geführt. Als wichtigste Bausteine identifizierten die Teilnehmer die Notwendigkeit der Verstärkung des Vertrauens in die Qualität europäischer Statistiken, der Verbesserung von Führungs- und Entscheidungsprozessen im ESS und der Weiterentwicklung des Instrumentariums der Qualitätssicherung.



Diese Elemente soll eine aus Generaldirektoren bestehende Arbeitsgruppe („Task Force on Vision 2.0) in Betracht ziehen und bis Ende April 2014 Empfehlungen zur Adjustierung der „Vision“ und ihrer vorgeschlagenen Umsetzung im ESS.VIP Programm erarbeiten. Diese Empfehlungen sollen in der weiteren Beratung des ESS.VIP Programms im Mai 2014 im AESS Berücksichtigung finden. Die Task Force wird gemeinsam von den Generaldirektoren Eurostats und des niederländischen Statistikamts geleitet. 12 weitere Generaldirektoren der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, erklärten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der Task Force.

Peer Review: Praxistests abgeschlossen, Konzept und Zeitplan liegen vor

In den Jahren 2014/15 steht die zweite Runde der „Peer Reviews“ an, in denen die Nationalen Statistischen Ämter des ESS auf die Einhaltung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken überprüft werden. Das Konzept wurde in Pilotstudien in der Slowakei und in Island getestet.

Die Praxistests haben insgesamt die Funktionsfähigkeit des zweistufigen Aufbaus der Peer Reviews (Selbstbewertung der Mitgliedstaaten mit sich anschließenden Besuchen durch externe Prüfer) belegt. Die Anwendung der Entwürfe der Fragebogen (Kurz- und Langfassung) für die Selbstbewertung durch die Mitgliedstaaten war insgesamt befriedigend. Aufgrund festgestellter Dopplungen von Frageinhalten sollen die Fragebogen kurzfristig von der Arbeitsgruppe Peer Review nochmals überarbeitet werden. Eine systematische Einbeziehung von statistischen Fachbereichen in den Prozess der Peer Reviews ist als Ergebnis der Pilotstudien nicht mehr vorgesehen.

Bis Ende November sollen die konzeptionellen Vorarbeiten abgeschlossen und die Prüfer („Peers“) durch die beauftragte Agentur ausgewählt sein. Von Anfang Dezember 2013 bis Ende Februar 2014 soll die Selbstbewertung in den MS laufen.

Im April 2014 sollen die Besuche der Prüfer in den Mitgliedstaaten beginnen und sich bis Mitte 2015 hinziehen. Der Gesamtbericht über die Ergebnisse der Peer Reviews soll Ende 2015 dem Rat und dem Europäischen Parlament zugehen.

Die Beschlussfassung erfolgt am 14. November 2013 im AESS.

Big Data: Die EU-Statistikämter verabschieden den Aktionsplan

Das vom niederländischen Statistikamt organisierte Seminar sollte Big Data als neues und wichtiges Forschungsfeld der amtlichen Statistik thematisieren: in Plenumsvorträgen, parallelen Workshop-Präsentationen und einer Podiumsdiskussion. Unter Big Data werden dabei große und schnell wachsende Datenbestände verschiedenster Art verstanden, die bislang (noch) nicht für Zwecke der amtlichen Statistik verwendet werden. Ein Votingsystem ermöglichte es den Teilnehmern über ihre Diskussionsbeiträge hinaus, sich mit Fragen oder einem Votum zu beteiligen.

Die Präsentationen im Plenum und in den Workshops lieferten einen umfassenden Überblick über die Erfahrungen einzelner Statistischer Ämter im Rahmen von Pilotprojekten und die sich aus dem Forschungsfeld „Big Data“ resultierenden Herausforderungen an die amtliche Statistik. Auf dieser Grundlage verabschiedeten die Teilnehmenden ein „Scheveningen Memorandum“. Darin bekräftigen sie ihre Absicht, sich im ESS-Rahmen diesem neuen Forschungsfeld intensiver zu widmen und einen gemeinsamen Aktionsplan zu entwickeln. Das Memorandum wurde dem anschließend tagenden AESS zur Befassung in seiner Sitzung am 27. September 2013 zugeleitet.



Hochrangige Gruppe zur Prioritätensetzung

Die „High Level Group (HLG) on Priority Setting“ befasst sich im Auftrag des AESS mit der Umsetzung des statistischen Mehrjahresprogramms der EU in die Jahresarbeitsprogramme der Kommission und der Prioritätensetzung. Eurostat präsentierte den ersten Entwurf der vereinbarten Liste von Statistikprodukten (Produktliste), die ab 2015 dem Programmplanungsprozess zugrunde gelegt werden soll. Die Mitglieder der HLG begrüßten den Entwicklungsstand der Produktliste, forderten aber weitere Ergänzungen und – soweit möglich – die Integration von bereits in früheren Jahren im Zusammenhang mit dem Thema der Prioritätensetzung erzielten Ergebnissen. Die Mitgliedstaaten konnten zur Produktliste im Nachgang zur Sitzung schriftlich Stellung nehmen.

Darüber hinaus informierte Eurostat über die laufende kommissionsinterne Abstimmung zum Entwurf des Jahresarbeitsprogramms 2014. Diese Abstimmung baut auf den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zum Arbeitsprogramm 2014 im Frühsommer 2014 auf. Die Mitglieder der HLG nahmen den Bericht Eurostats zustimmend zur Kenntnis.

18. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 26. September 2013 in Den Haag



Die Herbstsitzung des AESS, des Amtsleitergremiums des Europäischen Statistischen Systems (ESS), schließt sich traditionell nahtlos an die DGINS an, so auch dieses Jahr in Den Haag. Der AESS fasste die aus der DGINS resultierenden Beschlüsse zum Thema Big Data („Scheveningen Memorandum“) und zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Vision 2.0“ (siehe jeweils den Bericht zur DGINS) und widmete sich ansonsten vor allem wichtigen statistischen Rechtsakten:

Der Kommissionsentwurf einer Durchführungsverordnung zur VO (EG) Nr. 1177/2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das **Verzeichnis der sekundären Zielvariablen (Merkmale) 2015 zur materiellen Deprivation** wurde angenommen.

Anpassung der „Defizitstatistik-Verordnung“ (Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigem Defizit angesichts der Umsetzung des ESVG 2010) – Eurostat präsentierte das Konzept für die vorgesehene Änderungsverordnung der Defizitstatistik Verordnung. Der AESS begrüßte, dass das Verfahren bei einem übermäßigem Defizit ab September 2014 auf den Vorgaben der neuen Verordnung zum ESVG 2010 basiert. Vom AESS wird in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit einer Anpassung des Maastricht Kriteriums zur Verschuldung an international gültige Definitionen anerkannt. Dies betrifft insbesondere die Einbeziehung von Handelskrediten. Aufgrund weiterhin bestehender qualitativer Mängel der Daten über Handelskredite in den Mitgliedstaaten sieht das Konzept vor, diese zwar verpflichtend zu liefern, sie aber noch nicht in die Berechnungen der Verschuldung eingehen zu lassen. Die Daten sollen lediglich in ein Memorandum im Rahmen der Notifizierung eingehen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, die bestehenden Qualitätsdefizite der Daten über Handelskredite zu bereinigen. Mehrere



Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass damit ein erheblicher Arbeitsaufwand verbunden sei.

Entwurf eines Vorschlags für eine Verordnung zur Änderung der landwirtschaftlichen Betriebsstrukturerhebungen (Verordnung (EG) Nr. 1166/2008) im Hinblick auf den Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2018 – Eurostat informierte den AESS über die vorgeschlagene Verordnung des Rates und des EP. Sie soll vor allem die Gemeinschaftsfinanzierung für die Betriebsstrukturerhebung 2016 sicher stellen und darüber hinaus den Basisrechtsakt an den Vertrag von Lissabon anpassen und die Komitologiebefugnis vom Ständigen Agrarstatistischen Ausschuss auf den AESS übertragen sowie den neuen Mitgliedstaat Kroatien einbeziehen.

Die Kommissionsinitiative fand breite Unterstützung. Es wurde aber bemängelt, dass die vorgesehene finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten keine wesentliche Änderung gegenüber dem Finanzierungsrahmen aus dem Jahr 2008 bedeute. Eurostat kündigte eine nochmalige Überarbeitung des Anhangs III der Verordnung (List of farm structure survey characteristics) an, betonte aber, darauf zu achten, dass die Änderungsvorschläge nicht die Belastung der MS erhöhen.

Twining-Projekt mit Kasachstan



Vor gut einem Jahr, am 28. September 2012, unterzeichneten Präsident Roderich Egeler und der Leiter des kasachischen Statistikamtes, Nurbolat Aidapkelov, den Vertrag über das weltbankfinanzierte Projekt KAZSTAT. Inzwischen ist das Projekt in vollem Gang. Bisher fanden fast 50 Experteneinsätze in Kasachstan statt und ein gutes Dutzend Studienbesuche der Kasachen im Statistischen Bundesamt.

14 weitere Studienbesuche führten die Kasachen in die Länder der Konsortialpartner, mit denen das Statistische Bundesamt als Konsortialführer dieses Projekt durchführt: Finnland, Korea, die Slowakei, Tschechien und Russland. Das Projekt soll bis 2017 dauern.

Im Juni hat die eigentliche Implementierungsphase des Projekts begonnen. Fachleute aus dem Statistischen Bundesamt haben bisher fast 50 Experteneinsätze in Kasachstan absolviert und Delegationen aus Kasachstan haben ein gutes Dutzend Studienbesuche in Deutschland unternommen, die jeweils etwa eine Woche andauerten. Ein Rückblick auf die Aktivität während der Sommermonate :

Anfang Juni informierten sich die Kasachen zum Thema Metadaten, parallel fand ein weiterer Studienbesuch zum Thema Arbeitsmarktstatistik statt. Bei der Arbeitsmarktstatistik spielte sich ein Teil der Beratung auch im Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden ab, dessen Beschäftigte auch bei weiteren Studienbesuchen wertvolle Unterstützung leisteten, wenn es darum ging, die Länderaufgaben in der Bundesstatistik zu erklären. Neben den theoretischen Grundlagen illustrierten die Kollegen die Inhalte anhand von Fallstudien und ausgewählten Werkzeugen für den Umgang mit Metadaten und dem Standard-Datenaustauschformat für Metadaten, SDMX.

Es folgte ein Studienbesuch zur Strukturstatistik im Verarbeitenden Gewerbe und zu den Grundlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Verbindung der beiden Themen stieß auf großes Interesse bei den kasachischen Fachleuten, außerdem



auch Vorträge über die Sekundärstatistik zu kleinen und mittleren Unternehmen, die auf der Grundlage der Strukturhebungen erstellt wird. Eine hohe Resonanz hatten auch die Referate über Anlagevermögen in der VGR sowie über die Nutzung von Verwaltungsdaten in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Im Mittelpunkt eines weiteren Studienbesuchs, nun im Juli, stand die Stichprobenerhebung. Die Ausführungen zum methodischen Ansatz einer Stichprobenziehung wie auch zum Unternehmensregister fanden großen Anklang bei den kasachischen Gästen. Auch die Demonstration der Fehlerrechnung anhand eines IT-Programms wurde sehr aufmerksam aufgenommen.

Beim nächsten Studienbesuch der Kasachen im Juli, zum Thema Qualitätsmanagement, stellten die Expertinnen und Experten die Themen Datenqualität und EFQM vor. Modelle und Prozesse, Instrumente und Arbeitsweisen wurden verglichen und diskutiert.

Ein weiterer Studienbesuch im Juli befasste sich mit Nutzerbeziehungen, mit Schwerpunkt auf der Gestaltung eines Fragebogens zur Kundenzufriedenheit. Es wurde gezielt auf Wünsche und Erfahrungen der kasachischen Gäste im Umgang mit ihren Nutzern eingegangen. Teil des Programms war auch ein Vortrag des LINK Institutes zur Nutzerbefragung. Dieser zeigte beispielhaft, wie das Statistische Bundesamt mit externen Dienstleistern zusammenarbeitet.

Parallel dazu wurden in einem weiteren Studienbesuch für die Industriestatistik Indikatoren in ihrem methodischen Aufbau sowie Fragebögen für Monatsberichte der Betriebe als auch der monatlichen Produktionserhebung vorgestellt. Besondere Aufmerksamkeit hat auf der kasachischen Seite das „StatVG“-System geweckt. Dieses Aufbereitungsverfahren zur Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe wurde anhand praktischer Anwendung präsentiert.

Ende August war eine Delegation unter Leitung der kasachischen Abteilungsleiterin „Preise“ in Wiesbaden. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen bei Produkten. Zahlreiche Fachleute der Gruppe D3 „Preise“ brachten, mit Unterstützung aus der VGR und der Unternehmensstatistik, ihre Erfahrungen ein.

Ein Studienbesuch der Kasachen in der zweiten Septemberwoche galt der Arbeit mit Auskunftgebenden, vor allem im Rahmen von Unternehmensstatistiken. Von rechtlichen und koordinatorischen Aspekten über die Meldeverfahren, die Methodik und Praxis im Außenhandel und den Haushaltsstatistiken bis hin zur Bürokratiekostenmessung und der Reputations- und Akzeptanzbefragung stieß die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen auf großes Interesse und zahlreiche Nachfragen. Zur Delegation gehörten – passend auch zum Besuch im Hessischen Statistischen Landesamt – die Leiter der Regionalämter von Nord-Kasachstan und von Almaty. Deren Bezirke („Oblasts“) sollen in Folge des Studienbesuchs zu Pilotregionen für entsprechende Weiterentwicklungen werden, etwa für elektronische Meldeverfahren.

Beim Studienbesuch in der dritten Septemberwoche wurden die Gäste gleichzeitig zu Beobachtungsobjekten der Statistik, denn es ging um Tourismus. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg unterstützte den Studienbesuch tatkräftig. Interessant: Astana ist Austragungsort der EXPO 2017. In die Vorbereitungen dazu ist auch die kasachische Statistik frühzeitig eingebunden worden.

Mitte Oktober fand ein Studienbesuch zum Thema Demographie in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock statt, gefolgt von einem weiteren Studienbesuch in Wiesbaden zum Thema Strukturstatistik bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).



In den kommenden Monaten planen die Projektpartner das Jahr 2014. Dann werden in größerem Maße Einsätze in Kasachstan im Mittelpunkt stehen.

Die Rückmeldung aller Gäste zum fachlichen als auch organisatorischen Ablauf der vergangenen Besuche ist positiv; für das Kooperationsprojekt ebenso wie für das Engagement der deutschen Fachleute.

Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Der „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ am 24. und 25. August 2013 in Berlin konnte mit 146 000 Besuchern die Vorjahreszahlen wieder erreichen. „Wenn es uns gelingt, an solchen Tagen Politik für die Bürgerinnen und Bürger greifbar zu machen, tragen wir ein großes Stück zu mehr Politikbegeisterung und damit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen bei – eine unserer zentralen Aufgaben im BMI.“ Mit diesen Worten dankte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich den Beschäftigten des BMI und den Behörden seines Geschäftsbereiches – darunter auch dem Statistischen Bundesamt. Dessen Stand wurde wie in jedem Jahr von den Beschäftigten des i-Punktes Berlin betreut. Publikumsmagnete bei den rund 10 000 Besuchern im Innenministerium waren die aktive Bevölkerungspyramide, das Quiz zum Statistischen Jahrbuch 2012 sowie die Ergebnisdatenbank zum Zensus 2011.

Gleich im Anschluss tagte im Auswärtigen Amt die diesjährige Botschafterkonferenz, die jährliche Tagung der mehr als 200 Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen. In deren Rahmen fand am 27. August der „Wirtschaftstag“ mit rund 1 500 Teilnehmern aus Außenpolitik, Wirtschaft und Verbänden statt. Der i-Punkt Berlin präsentierte vor diesem Hintergrund 2013 deutsche und internationale Statistiken. Besonders gefragt waren in diesem Jahr neben den Außenhandelsdaten vom Statistischen Bundesamt und Eurostat die [Länderprofile](#) zu den G20-Staaten sowie Informationen zu europäischen und internationalen Marktdaten.



Statistische Woche 2013 in Berlin



Alljährlich treffen sich Vertreter aus Wissenschaft, amtlicher Statistik, Unternehmen und Verbänden zur Statistischen Woche, dem größten bundesweiten Fachkongress für Statistik. Veranstalter sind die Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), der Verband deutscher Städ-

testatistiker (VDSt) und die Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD). Dieses Jahr hatten sie nach Berlin eingeladen, wo die Statistische Woche vom 17. – 20. September 2013 in den Räumen der Freien Universität stattfand.

Schwerpunkthemen waren Arbeitsmarkt und soziale Sicherung, Statistische Analyse hochdimensionaler Daten und Quantilregression. Anlässlich des internationalen Jahres der Statistik fand darüber hinaus eine Sonderveranstaltung zu Open Data statt.

In seiner Eröffnungsrede ging Präsident Roderich Egeler auf den Zensus 2011 ein. Er erläuterte, dass die endgültigen Ergebnisse im März 2014 zu erwarten sind und kündigte ein entsprechendes Mikrodatenangebot für die Wissenschaft an. Er ging dann auf die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken ein und erläuterte neuere Entwicklungen im Europäischen Statistischen System, insbesondere die EU-Pläne für eine stärkere Zusammenarbeit.

Neben der Eröffnungsrede von Präsident Roderich Egeler war das Statistische Bundesamt wie in jedem Jahr mit einer Reihe von Fachvorträgen auf der Statistischen Woche präsent:

Aus Abteilung A „Verwaltung, Bürokratiekostenmessung“ stellten Sabine Köhler und Christian Bertram das Pilotprojekt „E-Learning“ in der gemeinsamen Fortbildung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor.

Abteilung B „Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“ war mit vier Vorträgen vertreten. Sophia Nebel referierte zur „Qualitätssicherung der Arbeitskräfteerhebung: Pretestergebnisse der Pilotstudie für das Ad-Hoc-Modul 2015 Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung“. Karen Blanke und Sabine Sattelberger sprachen über „Die Zukunft liegt in Online- und Mixed-Mode-Befragungen – Das europäische ESSnet-Projekt Data Collection for Social Surveys using Multiple Modes (ESSnet DCSS 2012–2014)“. Thomas Riede stellte die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken vor. Dr. Susanne Schnorr-Bäcker ging gemeinsam mit Prof. Dr. Ullrich Heilemann von der Universität Leipzig der Frage nach, inwieweit die Rezession 2008/2009 vorhersehbar war.

Aus Abteilung C „Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden“ stellte Maurice Brandt neue Entwicklungen zur Verbesserung des Mikrodaten Zugangs zu den europäischen Gemeinschaftsstatistiken vor. Rafael Beier erörterte gemeinsam mit Saskia Kohlhase von der Humboldt Universität Berlin die Frage, ob stetig steigende Verlustvorträge deutscher Kapitalgesellschaften ein Resultat internationaler Gewinnverlagerung sind. In einem weiteren Vortrag ging Rafael Beier gemeinsam mit Ulrike Gerber auf das Taxpayer-Panel 2001–2008 ein und dabei besonders auf verknüpfte Einzeldaten aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise“ war mit sechs Vorträgen vertreten. Thomas Luh und Thorsten Haug erläuterten die Berechnung der Versorgungsleistungen für Beamte nach dem ESVG 2010. Florian Schwahn referierte zum „Einbezug sozialer Sachtransfers des Staates bei der Darstellung der Einkom-



mensverteilung - ein internationales Konzept“. Dr. Martina Rengers stellte die Bedeutung der Unterbeschäftigungsquote als Warnindikator vor. Thomas Körner stellte neue Entwicklungen am Arbeitsmarkt und mögliche Antworten der amtlichen Arbeitsmarktstatistik vor. Christian Wingerter erläuterte die Ergebnisse eines EU-Projektes zu Zeitreihenbrüchen in den Erwerbslosenzahlen aus dem Mikrozensus 2000 bis 2011. Abgeschlossen wurde die Reihe der Vorträge aus Abteilung D mit dem Referat von Stephan Lükens über „Licht und Schatten am deutschen Arbeitsmarkt - ein Beitrag aus der Perspektive der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“.

Aus Abteilung E „Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen“ informierte Roland Sturm über das neue europäische Konzept zum Unternehmensbegriff.

Aus Abteilung F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“ informierte die Abteilungsleiterin Dr. Sabine Bechtold über die Analyse der durch den Zensus verursachten Abweichungen bei den Einwohnerzahlen und demographischen Grunddaten in Bund, Ländern und Kommunen. Stefan Dittrich und Wolfram Schwabbacher referierten über „Regionalanalyse mit Steuerdaten - von Pendlerströmen bis zur Religionszugehörigkeit“.

Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“ war mit einem Vortrag von Dr. Luca Rebeggiani, Urszula Sikorski und Sebastian Czajka zu den Methodischen Weiterentwicklungen der deutschen EU-SILC-Stichprobe vertreten.

Im kommenden Jahr findet die Statistische Woche vom 16. – 19. September 2014 in Hannover statt. Schwerpunktthemen werden dann der Zensus 2011, Zeitreihen und „Analysis of Big Data“ sein.

Arbeitstreffen mit Eurostat zur Modernisierung der Sozialstatistiken

Am 9. Juli 2013 besuchte auf Einladung von Präsident Roderich Egeler eine Eurostat-Delegation unter Leitung von Eduardo Barredo Capelot das Statistische Bundesamt. Mit Capelot, dem Direktor der Direktion F „Sozialstatistik“ von Eurostat, kamen auch die Leiter der Gruppen F3 „Arbeitsmarkt“, Dr. Joachim Recktenwald, sowie F4 „Lebensqualität“, Jean-Louis Mercy.



Von links: Janke, Mercy, Recktenwald, von Oppeln-Bronikowski, Barredo Capelot, Sarreither, Bechtold, Brings, Schaff, Stuckemeier, Enderer.

Der Besuch betraf das Projekt „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken (WSH)“, das im engen Zusammenhang mit den Arbeiten Eurostats zur Modernisierung der Sozialstatistiken steht. Das Treffen diente der gegenseitigen Information über den jeweiligen Arbeits- und Entwicklungsstand sowie einer Abstimmung der Arbeiten.



Eduardo Barredo Capelot erklärte das Vorhaben Eurostats, für die Erhebungen bei den privaten Haushalten kurzfristig einen gemeinsamen Basisrechtsakt zu schaffen. Die bisherigen erhebungsspezifischen Verordnungen sollen abgelöst werden durch diesen Basisrechtsakt und durch damit verbundene „delegierte Rechtsakte“ (nach Art. 290 AEUV) und Durchführungsrechtsakte.

Vizepräsident Dieter Sarreither verwies auf die enge Verzahnung des Projekts „WSH“ mit den bisherigen inhaltlichen und zeitlichen Planungen Eurostats zur methodischen Weiterentwicklung insbesondere des EU-Labour Force Survey (LFS) und des EU-Survey of Income and Living Conditions (SILC) und hob die Bedeutung einer verlässlichen Planungsgrundlage in Europa für die nationalen Entwicklungsarbeiten hervor.

Neben strategischen und gesetzestechnischen Fragen wurden auch aktuelle fachliche Fragen bei der Weiterentwicklung von LFS und EU-SILC sowie bei der Harmonisierung der in den europäischen Haushaltserhebungen gemeinsam erhobenen Merkmale erörtert.

SCORUS Konferenz zur europäischen Städtestatistik



Die Europäische Gruppe des Ausschusses zur Regional- und Städtestatistik (Standing Committee on Regional and

Urban Statistics, SCORUS), eine Unterabteilung der International Association for Official Statistics (IAOS) und damit auch des International Statistical Institute (ISI), traf sich am 4. und 5. Juni 2013 in Brüssel. Die SCORUS-Gruppe diskutierte vor allem vier Themen:

- **Wie lassen sich Städte und Metropolregionen abgrenzen?**
Schwerpunkt waren unterschiedliche Ansätze und Vorgehensweisen zur Abgrenzung von verdichteten Regionen und Metropolregionen vor allem auf europäischer Ebene wie auch in den Mitgliedstaaten.
- **Wie lässt sich Lebensqualität in europäischen Großstädten messen?**
Lebensqualität ist ein bedeutendes Thema, in EU-Politik wie auch in der Kommunalpolitik. Um sie zu messen, kommen überwiegend Meinungsumfragen zur Anwendung. Ein Vergleich der Ergebnisse mit sogenannten objektiven Indikatoren, wie sie z. B. von der amtlichen Statistik bereitgestellt werden, zeigte, dass die Ergebnisse und Entwicklungen im Zeitablauf nicht immer kongruent waren. Die Gründe für diese Abweichungen zwischen subjektivem Empfinden und objektiv messbaren Veränderungen sind noch zu erforschen.
- **Unterschiedliche Ansätze zur Gewinnung von kleinräumigen Daten**
Für die deutschen Städte, die am EU-Städtevergleichs-Projekt „Urban Audit“ teilnehmen, haben das Kommunale Statistische Informationssystem (KOSIS) und das Statistische Bundesamt gemeinsam ein neues Schätzverfahren entwickelt. Die Vertreterin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Susanne Schnorr-Bäcker, stellte zusammen mit dem deutschen Urban-Audit-Koordinator, Klaus Trutzel (Nürnberg), dieses Schätzverfahren vor: Ergebnisse für die deutschen Urban Audit-Städte werden aus dem Mikrozensus gewonnen. Dieser Vortrag fand großes Interesse vor allem auf europäischer Ebene, da die Methode vom Ansatz her auf europaweit harmonisierten Statistiken basiert. In Verbindung mit der derzeit anstehenden Reform der Haushalts- und Sozialstatistiken auf EU- und Bundesebene böte sich hier eine



gute Grundlage für die zukünftige Gewinnung kleinräumiger Daten – ein entsprechendes Stichprobendesign vorausgesetzt.

- **Kleinräumige Daten – Visualisierungsmöglichkeiten und Zusammenarbeit**
Gegenstand waren vor allem unterschiedliche Darbietungen von kleinräumigen Daten, besonders in Form von interaktiven Internet-Anwendungen. Auch Eurostat beabsichtigt einen integrativen Ansatz für die Darstellung von kleinräumigen Daten und deren Visualisierung. Hier hängt viel von der Zusammenarbeit und den Koordinierungsmechanismen zwischen überwiegend administrativen Einrichtungen und Ebenen, ab wie aus einem Bericht über die Praxis im Vereinigten Königreich deutlich wurde. Dieser Ansatz, in dem das Nationale Statistische Amt, die verschiedenen Ministerien und die Statistische Gesellschaft zusammenarbeiten, wurde als gutes Beispiel auch für andere Mitgliedstaaten für diesen Bereich angesehen.

Urban Audit Konferenz

Im Anschluss an die Konferenz des Ausschusses zur Regional- und Städtestatistik SCORUS (s. o.) kamen am 5. und 6. Juni 2013 in Brüssel die nationalen Urban Audit-Koordinatoren unter Leitung der Eurostat-Generaldirektion Regio zusammen. Diese jährliche Sitzung dient dem Informationsaustausch über den Stand der Arbeiten an der aktuellen Urban Audit-Erhebung und ihren Weiterentwicklungen. Urban Audit ist ein Informationssystem zur Unterstützung des europäischen Städtevergleichs (www.staedtestatistik.de/urban-audit.html).

Zunehmend werden für regionale und städtische Politiken auf europäischer Ebene kleinräumige Daten unterhalb der NUTS 2-Ebene benötigt, vor allem für den sechsten Kohäsionsbericht, der Ende März 2014 der Kommission vorgelegt werden muss. Die europaweite Harmonisierung auf dem Gebiet der Regionalstatistik schreitet weiter fort. Aufbauend auf und in Ergänzung zur Klassifikation zur räumlichen Gliederung „Degree of Urbanisation/DegUrba“ arbeitet Eurostat derzeit an einer Abgrenzung von verstärkten Gebieten bzw. „greater cities“ und Metropolregionen. Auch der Merkmalskatalog für die europäische Städteerhebung Urban Audit soll noch weiter gestrafft werden. Für Deutschland erfolgt die Datenlieferung durch die [KOSIS](#) (Kommunales Statistisches Informationssystem)-Gemeinschaft Urban Audit mit dem Statistischen Bundesamt als Vertragspartner auf europäischer Ebene.

Auch Eurostat arbeitet inhaltlich wie technisch intensiv bei dieser europäischen Städteerhebung mit. Derzeit würden die notwendigen Datenbanken sowohl für die Input- wie auch Outputdaten neu gestaltet, berichtete ein Vertreter Eurostats. Für 2014/2015 wird Urban Audit noch einmal auf der Grundlage von Finanzierungsbeihilfen durchgeführt. Ob für die Zeit nach 2015 für diese europäische Städteerhebung eine europäische Rechtsgrundlage geschaffen werden soll und wenn ja, in welcher Form, ist derzeit noch offen.

7. INSPIRE-Konferenz

Vor dem Hintergrund der EG Richtlinie 2007/2, welche die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, Geodaten und Geodatendienste sowie Metadaten über Daten und Dienste über das Internet bereitzustellen (Infrastructure for Spatial Information in Europe,



INSPIRE) fand die diesjährige INSPIRE-Konferenz vom 23. Bis 27. Juni 2013 in Florenz statt. (<http://inspire.jrc.ec.europa.eu/index.cfm/pageid/501>).

Schwerpunkte waren:

- **Stand der Umsetzung von INSPIRE**

In verschiedenen Workshops wurde u. a. zur Vorbereitung des „mid-term-review“ der Sachstand bei der Implementierung, den Datenspezifikationen und Download-Diensten aus verschiedenen Blickwinkeln (für Europa, für die Mitgliedstaaten) diskutiert. Bezüglich der Datenmodelle in dem Entwurf der Kommissionsverordnung zur Interoperabilität, insbesondere zu Anhang III der INSPIRE-Richtlinie, in dem die Datenmodelle für eine Fülle von Themen festgelegt werden (etwa „Landwirtschaft“, „Landverwendung“, „Bodenschätze“ etc.) wurde Folgendes festgestellt: Die Modelle seien im Allgemeinen recht komplex und nur auf die Sachverhalte anwendbar, für die sie entwickelt wurden. Auch die für Regionalstatistik zuständige Vertreterin im Statistischen Bundesamt hat verschiedene kleinräumige Anwendungen mit engem Bezug zu INSPIRE und europaweit harmonisierten Statistiken vorgestellt und diese Probleme in ihrer Präsentation angesprochen. Die Modelle – darin besteht weitgehend Einvernehmen – müssen vor allem von Seiten potentieller Datenlieferanten ausgeführt, im Zeitablauf erweitert und modifiziert werden, wenn INSPIRE eine breite Verwendung finden soll.

- **INSPIRE-relevante Projekte auf inter- und supranationaler Ebene**

In verschiedenen Veranstaltungen wurde auf den besonderen Stellenwert von (Groß-)Städten für die Umweltpolitik im weiteren Sinne und damit für INSPIRE hingewiesen. Die Projekte dazu reichen dabei von ausgewählten themenspezifischen Ansätzen auf der Grundlage von Satellitenbildern wie EAGLE, ObsAIRve bis hin zu weltweiten Geodateninfrastrukturen wie dem Ansatz der Vereinten Nationen „UN-GGIM“.

- **Neue Entwicklungen**

Als wichtige Faktoren für eine möglichst weite Verbreitung und Akzeptanz von INSPIRE wurden in verschiedenen Veranstaltungen „Open Data“ bzw. „Open Government“ angeführt, Lösungen für möglichst einheitliche und harmonisierte Zugangs- und Nutzungsregeln vorausgesetzt. Im Weiteren wurde auf die Möglichkeit von Massendaten aus dem Internet, d. h. „Big Data“, oder über andere elektronische Hilfsmittel als wichtige Quelle, vor allem für möglichst zeitnahe Veränderungen und Entwicklungen hingewiesen.

25. Working Party on Territorial Indicators (WPTI) der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)

Die OECD Working Party on Territorial Indicators (WPTI) beschäftigt sich seit langem mit regionalen Entwicklungen in ihren Mitgliedstaaten. Zur stärkeren Nutzerorientierung führt sie seit einiger Zeit ihre Sitzungen teilweise gemeinsam mit dem Hauptnutzer ihrer statistischen Daten bei der OECD, dem Territorial Development Policy Committee (TDPC), durch. Auf der diesjährigen Sitzung, am 17. und 18. Juni in Paris, wurden vor allem folgende Themen diskutiert:

- **Urbane und ländliche Partnerschaften zur Verbesserung der Lebensqualität**

Die OECD hat den Entwurf für einen Bericht zu städtisch-ländlichen Partnerschaften vorgelegt. Ziel ist es, das Potential derartiger Partnerschaften besonders für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region, aber auch für andere Zwecke, zu erken-



nen und deren politische Beeinflussbarkeit zu verstehen. Dieser Bericht soll neben zwei anderen ein Themenschwerpunkt des nächsten TDPC Ministertreffens am 4./5. Dezember 2013 in Marseille/Frankreich sein.

▪ **Regions at a Glance 2013**

Die neue Ausgabe von Regions at a Glance, die derzeit von der OECD vorbereitet wird, wird neue Indikatoren enthalten, u. a. auch bezüglich der (mid-term) Beurteilung der europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“.

Auf der Sitzung wurden vor allem folgende Anregungen diskutiert:

- ein Kapitel zu den Auswirkungen der „Krise“ in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit, soziale Inklusion und Nachhaltigkeit,
- eine länderübergreifende Vergleichbarkeit,
- eine vereinfachte Terminologie von Funktionsräumen, besonders von sogenannten „Metropolitan areas“ (in groß, mittel, klein in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl),
- mehr Metadaten sowie
- ein Glossar für Fachbegriffe.

Im Weiteren beabsichtigt die OECD auf dem o. g. Ministertreffen auch Länderberichte vorzulegen über

- kleinräumige Auswirkungen der Krise oder
- Schlüsselbereiche der regionalen Entwicklungspolitik.

▪ **Verringerung von regionalen Disparitäten durch verbesserte Erreichbarkeit von Dienstleistungen**

In einem Workshop zur Verbesserung der Erreichbarkeit mit qualitativ hochwertigen – besonders öffentlichen – Dienstleistungen wurde diskutiert, wie die Versorgung mit Verkehrsdienstleistungen, Wasser, Abwasser, Energie etc. zur Verringerung von regionalen Disparitäten beiträgt. Ziel dieses sogenannten „Capability“-Ansatzes sei es, die Mechanismen von Infrastrukturmaßnahmen besser zu verstehen. Besonders von Bedeutung sei ihr Stellenwert für „inclusive growth“, eine von drei Prioritäten von „Europa 2020“, sowie Bestandteil der Fortschrittsmessung bzw. „Measuring regional and local well being for policy making“ der OECD.

Statistisches Jahrbuch 2013



Das Statistische Jahrbuch ist wie eine Bildungsreise durch Deutschland: Es liefert Informationen zu allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Im letzten Kapitel wird die Perspektive über die Landesgrenzen hinaus erweitert. Hier zeigt sich, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht.

Ab sofort steht das Statistische Jahrbuch 2013 kostenfrei zum Download auf www.destatis.de zur Verfügung. Das Statistische Jahrbuch deckt 27 Themengebiete mit nationalen und internationalen Daten über Gesellschaft, Staat, Wirtschaft und Umwelt ab.

Ein Ausschnitt aus den Ergebnissen:

- Die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen sind in den letzten zehn Jahren um 12 % zurückgegangen.
- 2012 kostete eine Stunde Arbeit in Deutschland durchschnittlich 30,70 Euro. In der Energieversorgung lagen die Arbeitskosten mit 46,80 Euro am höchsten, im Gastgewerbe mit 14,90 Euro am niedrigsten.
- 14 % der privaten Konsumausgaben eines Haushaltes wurden 2011 durchschnittlich für Mobilität ausgegeben – genau so viel wie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.
- Rund 36 000 Menschen engagierten sich Ende Mai 2013 im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.
- Von den 2,5 Mill. Pflegebedürftigen wurden 2011 mehr als zwei Drittel zu Hause versorgt.

Am Ende der Kapitel finden sich Hinweise auf entsprechende Tabellen in der Datenbank Genesis-Online. Die Daten zu den einzelnen Themen werden ergänzt durch methodische Informationen, Glossar und Hinweise auf weitere Veröffentlichungen.

Ein Druckexemplar zum Preis von 71 Euro kann im Buchhandel erworben oder bestellt werden unter www.destatis.de/jahrbuch (Bestellnummer: 1010110-13700-1, ISBN: 978-3-8246-1007-5).

Europa in Zahlen: Neue Subsite geht online



Wer wissen möchte, wo Deutschland im EU-Vergleich steht, kann nun direkt unter www.destatis.de/europa die harmonisierten Vergleichsdaten unserer europäischen Nachbarn abrufen. Die neue Seite bietet einen nutzerfreundlichen Einstieg nach Themen und Staaten. Zusätzlich findet man eine Übersicht der aktuellen Eurostat-

Veröffentlichungen und Pressemitteilungen sowie Informationen zum Europäischen Statistischen System (ESS). Ferner werden zu aktuellen Themen Schlaglichter veröffentlicht, die Deutschland im EU-Vergleich zeigen.

Sportsatellitenkonto erfasst wirtschaftliche Bedeutung des Sports

Sport und Sportwirtschaft haben mit 3,3 % Anteil an der Bruttowertschöpfung eine ähnliche volkswirtschaftliche Bedeutung wie der klassisch abgegrenzte Fahrzeugbau. Entsprechende Daten stellten das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) und das Statistische Bundesamt in der Veranstaltung „Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in Deutschland – Ergebnisse des Sportsatellitenkontos“ am 24. Juli 2013 in Wiesbaden vor.

Gerd Ahlert von der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung und Angela Heinze (Statistisches Bundesamt), die das vom Bundesministerium des Innern (BMI) und BISp geförderte Projekt methodisch begleitete, präsentierten Kennzahlen und erläuterten das Sportsatellitenkonto (SSK). Mit Satellitenkonten zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) lässt sich der Wertschöpfungsbeitrag von Querschnittsaktivitäten (wie etwa Sport) konsistent und nachvollziehbar ermitteln.

Weitere Ergebnisse im Überblick: 1,766 Millionen Berufstätige (4,4 Prozent der Erwerbsbevölkerung) haben Arbeitsplätze im Bereich Sport. Deutsche Privathaushalte wenden 87,2 Milliarden Euro für den Konsum von Sportartikeln und Sportdienstleistungen auf, wie etwa Joggingschuhe oder Eintrittskarten zu Fußballspielen.

Der Abschlussbericht des Projekts steht unter www.gws-os.com zur Verfügung.



Kroatien in der Europäischen Union in Zahlen

Die Republik Kroatien ist am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) beigetreten. Kroatisch wurde damit zur 24. Amtssprache der EU. Die Hauptstadt Kroatiens ist Zagreb, amtliche Währung des Landes ist die Kroatische Kuna. Der offizielle ISO-Ländercode für Kroatien ist HR (Hrvatska, Republika).

Eurostat veröffentlichte zum EU-Beitritt von Kroatien eine Pressemitteilung mit einer Auswahl an Wirtschafts- und Sozialindikatoren, um den neuen Mitgliedstaat näher vorzustellen. Zum Vergleich werden ebenfalls Daten für die Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten (EU-27) sowie für die erweiterte EU mit 28 Mitgliedstaaten (EU-28) dargestellt.

Kroatien hat 4,4 Millionen Einwohner (EU-28: 506,8 Millionen Einwohner) und weist für 2011 mit 1,4 Lebendgeburten je Frau eine geringere Geburtenziffer auf als die EU-27 (1,57 Lebendgeburten je Frau). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf belief sich im Jahr 2012 auf 61 % des EU-Durchschnitts, 18,1 % der Erwerbsbevölkerung in Kroatien waren im April 2013 arbeitslos (Arbeitslosenquote EU-27: 11,0 %). 10,9 % der Beschäftigten in Kroatien waren im vierten Quartal 2012 in der Landwirtschaft tätig (EU: 5 %), die Erwerbstätigenquote betrug 48,7 % (EU-27: 64,2 %). Zwei Drittel der Haushalte in Kroatien verfügten im Jahr 2012 über einen Internetzugang zu Hause, EU-weit waren es gut drei Viertel der Haushalte.

Weitere Informationen zu Kroatien und anderen Mitgliedstaaten enthalten die Länderprofile auf der Eurostat-Website ([epp.eurostat.ec](http://epp.eurostat.ec.europa.eu)).

„Statistik ohne Grenzen“ Ausgabe 1/2013 erschienen



Wie unterstützt das Statistische Bundesamt die Vorhaben der Bundesregierung in den Schwerpunktregionen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik? Was steuert das Statistische Bundesamt zur Weiterentwicklung der Statistik auf europäischer und internationaler Ebene bei? Wie unterstützt das Amt die Vorbereitung des EU-Beitritts in Kandidatenländern? Zu diesen und anderen Fragen aus dem Themenbereich „Internationale Kooperation“ informiert die halbjährlich erscheinende Publikation [„Statistik ohne Grenzen“](#).

Die aktuelle Ausgabe vom Juli 2013 informiert unter anderem über den Stand der laufenden Twinning- und Kooperationsprojekte des Hauses und über verschiedene Amtsleiterbesuche im Berichtszeitraum.

Bis 2050 sind 15,6 % der Weltbevölkerung über 65



Der Anteil der über 65-Jährigen an der Weltbevölkerung wird nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung der Vereinten Nationen bis 2050 auf 15,6 % steigen und sich damit gegenüber 2010 (7,7 %) mehr als verdoppeln. Die Gründe für diese Entwicklung sind eine höhere Lebenserwartung und niedrigere Geburtenraten. In absoluten



Zahlen werden zur Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich weltweit rund 1,5 Milliarden Menschen über 65 Jahre alt sein. 2010 waren es rund 0,5 Milliarden Menschen.

Milliarden

Die Daten beruhen auf der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung 2012 der Vereinten Nationen (<http://esa.un.org/wpp/>). Weitere internationale Vergleichszahlen zum Thema Demografie enthält das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de).

Länderprofil Japan



In der Reihe „[Länderprofile](#)“ ist das Dossier „Japan“ neu erschienen. In der neuen Veröffentlichung **Länderprofil „Japan“** bietet das Statistische Bundesamt auf sieben Seiten in kompakter Form zahlreiche Daten aus der internationalen amtlichen Statistik, die bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage eines Landes von zentraler Bedeutung sind. Schwerpunktthemen der Reihe sind die Bereiche Wirtschaft, Demographie, Soziales, Infrastruktur und Umwelt.



Studierende an privaten Hochschulen in Deutschland weit unter OECD-Durchschnitt



Der Anteil der Studierenden, die eine private Hochschule besuchen, lag in Deutschland im Jahr 2011 mit 6 % weit unter dem Durchschnitt der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von 29 %. Unter den Bundesländern hatte Hamburg mit 22 % den mit Abstand höchsten Anteil Studierender an privaten Hochschulen. Es folgten das Saarland, Berlin und Hessen (jeweils 9 %). Dagegen betragen die Anteile in Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt 1 % und weniger.

Auch der Anteil der Schüler/-innen an privaten Schulen im Primarbereich war mit 4 % in Deutschland deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (11 %). Dasselbe gilt für den Sekundarbereich I (Deutschland: 9 %; OECD: 14 %) und für den Sekundarbereich II (Deutschland: 8 %; OECD: 19 %).

Unter allen Bildungsbereichen in Deutschland hatte die Elementarstufe den höchsten Anteil an Bildungsteilnehmern in privaten Institutionen. 65 % der Kinder im Elementarbereich besuchten im Jahr 2011 private Einrichtungen (meist Kindergärten), im OECD-Durchschnitt waren es lediglich 44 %. In den Bundesländern schwankte der Anteil der Kinder in privaten Einrichtungen zwischen 49 % (Brandenburg und Sachsen-Anhalt) und 87 % (Hamburg).

Diese Ergebnisse sowie eine Reihe von Indikatoren zu den Themen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung, Bildungsverlauf und Bildungsausgaben sowie zum Bildungsstand der Erwachsenen enthält die Veröffentlichung **„Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“**, die unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung steht.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten mit dieser Publikation eine Ergänzung der [OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“](#). Ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland werden hier in einer Gliederung nach Bundesländern dargestellt.



Hochqualifizierte in Deutschland



Hochqualifizierte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung von Wissen und Technologien. Sie gelten deshalb als Schlüsselfaktoren für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation in Wissensgesellschaften. In der amtlichen Statistik lagen bisher keine Informationen über die nationale Nachwuchsentwicklung, die Karrierewege oder die internationale Mobilität von Hochqualifizierten in Deutschland vor. Auf internationaler Ebene gibt es seit 2004 Bestrebungen, ein harmonisiertes und international vergleichbares Datenset mit Hilfe des Projekts „Careers of Doctorate Holders (CDH)“ aufzubauen. In Anlehnung an dieses Projekt und aufgrund des hohen Politikinteresses hat das Bundesministerium für

Bildung und Forschung (BMBF) das Statistische Bundesamt gebeten, eine eigenständige Erhebung zu Karriereverläufen und internationaler Mobilität von Hochqualifizierten durchzuführen. Hochqualifizierte werden hierbei verstanden als Fachhoch-/Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit und ohne Promotion. Ziel war es zunächst, ein geeignetes methodisches Vorgehen für die Erhebung der Daten zu konzipieren und zu evaluieren.

Die Erhebung wurde von Januar 2012 bis Ende April auf Grundlage des § 7 Absatz 2 Bundesstatistikgesetz (BStatG) gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt. Hierbei wurden insgesamt 10 000 Fachhoch-/Hochschulabsolventinnen und -absolventen ohne Promotion sowie 10 000 Promovierte angeschrieben und um freiwillige Teilnahme gebeten.

Ausführliche Informationen zur Konzeption und Ablauf der Erhebung sowie Ergebnisse enthält die Veröffentlichung **Hochqualifizierte in Deutschland**, die unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung steht.

Über 400 000 Hochschulabsolventen im Jahr 2012



Im Prüfungsjahr 2012 erwarben 413 300 Absolventinnen und Absolventen einen Hochschulabschluss an deutschen Hochschulen. Damit hat sich die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Vergleich zum Prüfungsjahr 2002 nahezu verdoppelt. Damals hatten 208 606 Absolventinnen und Absolventen ein Studium erfolgreich abgeschlossen.

Der starke Anstieg der bestandenen Prüfungen ist – neben erhöhten Studienanfängerzahlen – maßgeblich von der Bologna-Reform beeinflusst. Wegen der Umstellung auf das System der gestuften Studiengänge können Studierende ihr Studium mit dem Bachelor schneller abschließen. Außerdem erwerben viele Studierende zuerst einen Bachelor- und anschließend einen Masterabschluss – in der Folge erhöht dies die Zahl der Abschlüsse insgesamt deutlich. Während es 2002 nur 1 000 Bachelor- und 2 200 Masterabschlüsse gab, waren es 2012 rund 183 200 Bachelor- und 58 600 Masterabschlüsse.



Diese und weitere Ergebnisse enthält die Veröffentlichung „Prüfungen an Hochschulen“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung steht

Kommission Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsmonitoring – Statistisches Bundesamt stellt wichtige Entwicklungen im Bereich Gesundheit vor

Am 22. und 23. Juli 2013 fand in Berlin die 1. Sitzung der Kommission Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsmonitoring des Robert Koch-Instituts im neuen Beru- fungszeitraum 2013 bis 2017 statt. Das Statistische Bundesamt, das im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes eng mit dem Robert Koch-Institut zusam- menarbeitet, nimmt als Gast an den Sitzungen der Kommission teil. Die Kommission setzt sich aus 19 Mitgliedern zusammen, die u. a. den Gesundheitswissenschaften, dem öffentlichen Gesundheitsdienst, den Krankenkassen und der Ärzteschaft angehö- ren. Durch die Zusammensetzung wird sichergestellt, dass die Gesundheitsberichter- stattung und das Gesundheitsmonitoring von allen wichtigen Partnern im Gesund- heitswesen Impulse zur Weiterentwicklung bekommen.

Das Statistische Bundesamt hat auf der Sitzung in zwei Vorträgen einen Überblick über den Stand und Ausbau des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung des Bundes gegeben und die Teilnehmer über wichtige Entwicklungen bei den Ge- sundheitsstatistiken und gesundheitsbezogenen Rechensystemen informiert. Im In- formationssystem www.gbe-bund.de stehen dem Nutzer/der Nutzerin kostenfrei über zwei Milliarden Zahlen und Kennziffern sowie eine große Anzahl von Veröffentlichun- gen aus der Gesundheitsberichterstattung zur Verfügung. Die Online-Datenbank führt Gesundheitsdaten und Gesundheitsinformationen aus über 100 verschiedenen Quel- len an zentraler Stelle zusammen, darunter viele Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aber auch Erhebungen zahlreicher weiterer Institutionen aus dem Gesundheitsbereich.

Im Bereich der Gesundheitsstatistiken wurde beispielhaft auf die laufende Revision der Krankenhausstatistik eingegangen. Ziel der Revision ist es u. a. die vorhandenen Statistiken aus klassischer Krankenhausstatistik und sekundärer fallpauschalenbezo- gener Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) inhaltlich zu harmonisieren und technisch zu verknüpfen. Die Gesundheitsausgabenrechnung wird im Rahmen des Umstiegs auf das neue System of Health Accounts 2.0 der OECD weiterentwickelt, die Gesundheits- personalrechnung unter anderem durch die Einarbeitung der Klassifikation der Berufe 2010 und der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008



Neue Statistik zur Kindeswohlgefährdung veröffentlicht



Das Statistische Bundesamt hat am 29. Juli 2013 die ersten Ergebnisse der neuen Statistik zur Kindeswohlgefährdung veröffentlicht. Danach führten deutsche Jugendämter im Jahr 2012 knapp 107 000 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls durch.

Mit dem am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen neuen Bundeskinderschutzgesetz reagierte der Gesetzgeber auf tragische Fälle schwerster Kindeswohlgefährdung. Massive Kritik von Seiten der Medien, der Sozialverbände und aus der Bevölkerung hatten zuständige Jugendämter zuvor unter hohen Erklärungs- und Rechtfertigungsdruck geraten lassen. Das Gesetz schafft bundesweit einheitliche Regelungen für Veranlassung, Durchführung und

Nachsorge der vom Jugendamt durchzuführenden Hausbesuche. Dazu gehört auch die neue Statistik über die im Jugendamt abgeschlossenen Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls nach § 8a Absatz 1 Achstes Buch Sozialgesetzbuch (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung).

Eine Gefährdung schätzt das Jugendamt dann ein, wenn ihm gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls von Minderjährigen bekannt werden und es sich daraufhin zur Bewertung der Gefährdungslage einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind beziehungsweise Jugendlichen und dessen Lebenssituation macht. Die Jugendämter in Deutschland führten im Jahr 2012 knapp 107 000 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls durch.

Von allen Verfahren bewerteten die Jugendämter 17 000 (16 %) eindeutig als Kindeswohlgefährdungen („akute Kindeswohlgefährdung“). Bei 21 000 Verfahren (20 %) konnte eine Gefährdung des Kindes nicht ausgeschlossen werden („latente Kindeswohlgefährdung“). In 68 000 Fällen (64 %) kamen die Fachkräfte zu dem Ergebnis, dass keine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Jedoch wurde in jedem zweiten dieser Verfahren ein Hilfe- oder Unterstützungsbedarf durch das Jugendamt festgestellt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.destatis.de



Fleisch braucht Fläche – vor allem im Ausland



Weltweit steigt der Fleischkonsum. Für die neue Mittelschicht in den aufstrebenden Schwellenländern ist Fleisch ein Symbol des Wohlstands.

Davon profitiert auch die exportorientierte Landwirtschaft in Deutschland: Zwischen 2000 und 2010 hat sie ihre Fleischexporte mehr als verdreifacht. Für die steigende Produktion werden jedoch mehr Futtermittel für Rinder, Schweine und Masthähnchen benötigt. Gleichzeitig wird im Inland die landwirtschaftliche Nutzfläche für Ernährungszwecke immer knapper: Mittlerweile belegt der Anbau von Energiepflanzen fast 10 % dieser Fläche in Deutschland – mit steigender Tendenz.

Wenn die eigenen Flächen zum Anbau von Futtermitteln nicht mehr ausreichen, wird auf Flächen im Ausland zurückgegriffen. Dort ist die Flächennutzung für Importe von Getreide oder Soja nach Deutschland in dieser Dekade allein um 43 % gestiegen. Gewonnen werden die zusätzlichen Anbauflächen oft durch Umwandlung von Savannen in Ackerland; alte Weidegebiete werden in entholzte Bereiche der Regenwälder verlagert.

Der Fachbericht „Flächenbelegung von Ernährungsgütern 2010“ untersucht, welche Flächennutzung unser Verbrauch an Ernährungsgütern im Ausland verursacht. Er steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung.



Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“

Im Mittelpunkt der Sitzung des Fachausschusses „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ am 24. September 2013 standen Änderungen bei den kurzfristigen Konjunkturerhebungen im Produzierenden Gewerbe sowie die Weiterentwicklung der Unternehmensstatistik auf europäischer Ebene (FRIBS). Weitere Themen waren die Novellierung des Energiestatistikgesetzes, die Verpflichtung der Unternehmen zur Online-Meldung nach §11a BStatG (s. Bericht zur BStatG-Novelle auf S. 6) und die Berücksichtigung der Zensusergebnisse bei der Wohnungsfortschreibung.

Die Weiterentwicklung der Unternehmensstatistik auf europäischer Ebene (**FRIBS**) zielt insbesondere darauf ab, die bisherigen einzelnen Gesetze auf europäischer Ebene in einem Rahmenrechtsakt zu integrieren. Die statistischen Ämter in den Mitgliedstaaten sehen den vorliegenden Verordnungsentwurf an einigen Stellen kritisch. Er wird auf europäischer Ebene in den jeweiligen Fachgremien teils kontrovers diskutiert. Strittig ist vor allem die **Rolle von „delegierten Rechtsakten“**. Eurostat plante ursprünglich, dieses Konzept ab 2016 umzusetzen. Es zeigt sich jedoch, dass dieses Vorhaben aufgrund fachlicher und rechtlicher Aspekte so schnell nicht realisierbar ist.

Im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik wurden für die nächsten zwei Jahre sieben Arbeitspakete in Angriff genommen. Die Teilnehmer des Fachausschusses wurden über den Stand der Arbeiten an den einzelnen Paketen informiert. Näher wurde auf das Arbeitspaket 1 eingegangen, die **Einführung eines Auftragsbestandsindex im Verarbeitenden Gewerbe**. Ab Januar 2014 wird im Rahmen des Monatsberichts für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe der Auftragsbestand nach fachlichen Betriebsteilen in der Untergliederung nach Aufträgen aus dem Inland und Ausland erfragt. Zurzeit informieren die Statistischen Landesämter die betroffenen Betriebe. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützt und begleitet die Einführung durch eine Information seiner Landes- und Mitgliedsverbände sowie durch die Aufnahme von Informationen zum Auftragsbestand in Newslettern und im Internet aktiv. Erklärtes Ziel der Erhebung des Auftragsbestands ist die Veröffentlichung eines Index des Auftragsbestands im Indexsystem der Industrie. Dies ist jedoch erst mit der Einführung des Basisjahres 2015 möglich. Das Statistische Bundesamt ist daher bemüht, nach eingehender Qualitätsprüfung zusammen mit den Statistischen Landesämtern, den Nutzern so früh wie möglich vorläufige Maßzahlen über den Auftragsbestand zur Verfügung zu stellen.

Für das **Ausbaugewerbe** wird es künftig ein **vierteljährliches Mixmodell** geben. Mit der Nutzung von Verwaltungsdaten werden die Ergebnisse zu Umsatz und Beschäftigung aus der Vierteljahreserhebung bei Betrieben von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr um entsprechende Informationen für die kleineren Betriebe ergänzt und zur Darstellung der konjunkturellen Entwicklung des gesamten Ausbaugewerbes zusammengefasst.

Als eine weitere Neuerung stellte das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse eines Auftragseingangsindex ohne Großaufträge vor. Dabei handelt es sich um Einzelaufträge im Wert von 50 Mio. Euro. Es gibt hierfür keine Meldepflicht, sondern nur eine freiwillige Information von den Betrieben im Rahmen der Erfassung der Auftragswerte im Monatsbericht für das Verarbeitende Gewerbe. Die Diskussion mit den Teilnehmern ergab, dass noch einige methodische Probleme zur Normierung des Basisjahres auf 100 und bei der Saisonbereinigung bestehen. Nach Lösung der noch offenen Fragen soll der Index des Auftragseingangs ohne Großaufträge allen Nutzern der Konjunkturstatistiken zur Verfügung gestellt werden.



Das Statistische Bundesamt informierte über die **Umstellung der Auftragseingangs-, Umsatz- und Produktionsindizes auf das Basisjahr 2010**. Seit dem Berichtsmonat Januar 2013 liegen die Indikatoren auf der neuen Basis vor. Inhaltliche Änderungen wurden nur beim Produktionsindex vorgenommen. Mit der Basisumstellung wird auch für das Ausbaugewerbe ein Produktionsindex berechnet. Zur monatlichen Fortschreibung werden die Umsatzangaben aus den Verwaltungsdatenspeichern herangezogen. Die Verwendung von Verwaltungsdaten zu einem so frühen Zeitpunkt führt zu erheblichen Korrekturen der Indizes. Das Statistische Bundesamt ist deshalb bemüht, durch geeignete Schätzungen bei der vorläufigen Berechnung die Korrekturen zu reduzieren. Eine weitere Qualitätsverbesserung des Produktionsindex wurde durch die Einbeziehung der erneuerbaren Energien in die Fortschreibung des Index für die Energieversorgung erreicht.

Die Ergebnisse der monatlichen Produktionsstatistik gehen derzeit ausschließlich in die Berechnung der Produktionsindizes ein, eine monatliche **Veröffentlichung absoluter Produktionsergebnisse** erfolgt nicht. Das Statistische Bundesamt hat deshalb Proberechnungen durchgeführt, die auf eine monatliche Veröffentlichung abzielen. Grundlage der Berechnungen war der Katalog des Statistischen Jahrbuchs, der insgesamt 234 Produkte/Produktgruppen umfasst. Die Proberechnungen haben gezeigt, dass eine Publikation für diese ausgewählten Positionen möglich wäre. Das Interesse der Nutzer war jedoch geteilt. Diese sind nun aufgefordert, den als Anlage zur Besprechungsunterlage bereitgestellten Katalog auf seine Eignung zu prüfen und dem Statistischen Bundesamt in den nächsten Wochen ihre Vorstellungen mitzuteilen.

Das Statistische Bundesamt berichtete über den Stand der Arbeiten an der **Novelle des Energiestatistikgesetzes (EnStatG)**. Im ersten Halbjahr 2013 wurde ein Fachkonzept erstellt und Ende Juni dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie übersandt. Derzeit arbeitet das Statistische Bundesamt an einem Gesetzentwurf, der nach Konstituierung der neuen Bundesregierung mit den anderen Ressorts abgestimmt werden soll.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt

Mit Wirkung vom 1. August 2013 tritt in der Abteilung B, Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“ mit Zustimmung des BMI folgende organisatorische Änderung in Kraft:

Das Referat B 101 „Nationale Koordinierung“ wurde mit sofortiger Wirkung dem Aufgabenbereich „Rechtsfragen der Statistik“ unter der Führung von der Leitenden Regierungsdirektorin Marion Engelter zugeteilt. Das Referat nimmt weiterhin die Aufgabe der Geschäftsstelle des Statistischen Beirats wahr.

Statistischer Beirat

Dr. Tim G e m k o w wurde als Nachfolger von Sebastian Alexander S c h ü t z als Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelskammertags e. V. in den Statistischen Beirat berufen.

Dr. Marion E b e r l e i n vertritt als Nachfolgerin von Dr. Hans-Jürgen V ö l z die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Statistischen Beirat.

Regierungsdirektor Ulrich D e f f a a und Regierungsdirektorin Almut R i t t e r vertreten als Nachfolger von Regierungsdirektorin Alexandra A l b r e c h t das Bundesministerium der Justiz (BMJ) im Statistischen Beirat als ständige Gastmitglieder.

Statistisches Bundesamt

Regierungsdirektorin Birgit H e i n , Geschäftsführerin des „SRW - Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, wurde zur Leitenden Regierungsdirektorin ernannt.

Regierungsdirektor Michael K u h n , Leiter der Gruppe D 3 „Preise“, wurde zum Leitenden Regierungsdirektor ernannt.

Oberregierungsrat Horst-Burkhard H e i n e m a n n , Leiter der Gruppe A 104 „Innerer Dienst“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Oberregierungsrätin Dorothee G i n t e r , mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats A 302 „Aufwandsermittlung, Kostenschätzung (Standort Wiesbaden)“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Regierungsrätin Simone K o l l , Leiterin des Referats B 105 „Bilaterale und internationale Kooperation, Sprachendienst, ESTP, Auslandsdienstreiseprogramm“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Regierungsrätin Kerstin H ä n s e l , mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats B 307 „WiSta, Datenreport“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen und sie wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Frank G e n ß h e i m e r , M. A. wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe C 2 „IT-Management und Standards“ beauftragt.

Oberregierungsrat Thomas L u h , Leiter des Referats D 205 „Arbeitnehmerentgelt, Sozialbeiträge, Nettolöhne“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Personalnachrichten

Oberregierungsrätin Natalie Z i f o n u n -K o p p , Leiterin des Referats F 309 „Unternehmenssteuern“, wurde zur Regierungsdirektorin ernannt.

Leitender Regierungsdirektor Hans-Joachim S t e d e , Leiter der Gruppe A 1 „Organisation, Haushalt, Innerer Dienst“, wurde mit Ablauf des Monats September 2013 in den Ruhestand versetzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Mit Wirkung zum 1. Juni 2013 wurde Leitende Regierungsdirektorin Barbara S i n n e r - B a r t h e l , Leiterin der Abteilung „Bevölkerung und Kultur“ vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zum Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg versetzt.

Tagungskalender

Juli 2013 bis März 2014

Termin	Ort	
2. Juli	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
3./4. Juli	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
12. September	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
17.–20. September	Berlin	Statistische Woche
23./24. September	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
24. September	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
24./25. September	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
9. Oktober	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
14./15. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
16. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
16./17. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
23./24. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
23./24. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
24./25. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
5. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
5./6. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energistatistik“

Tagungskalender

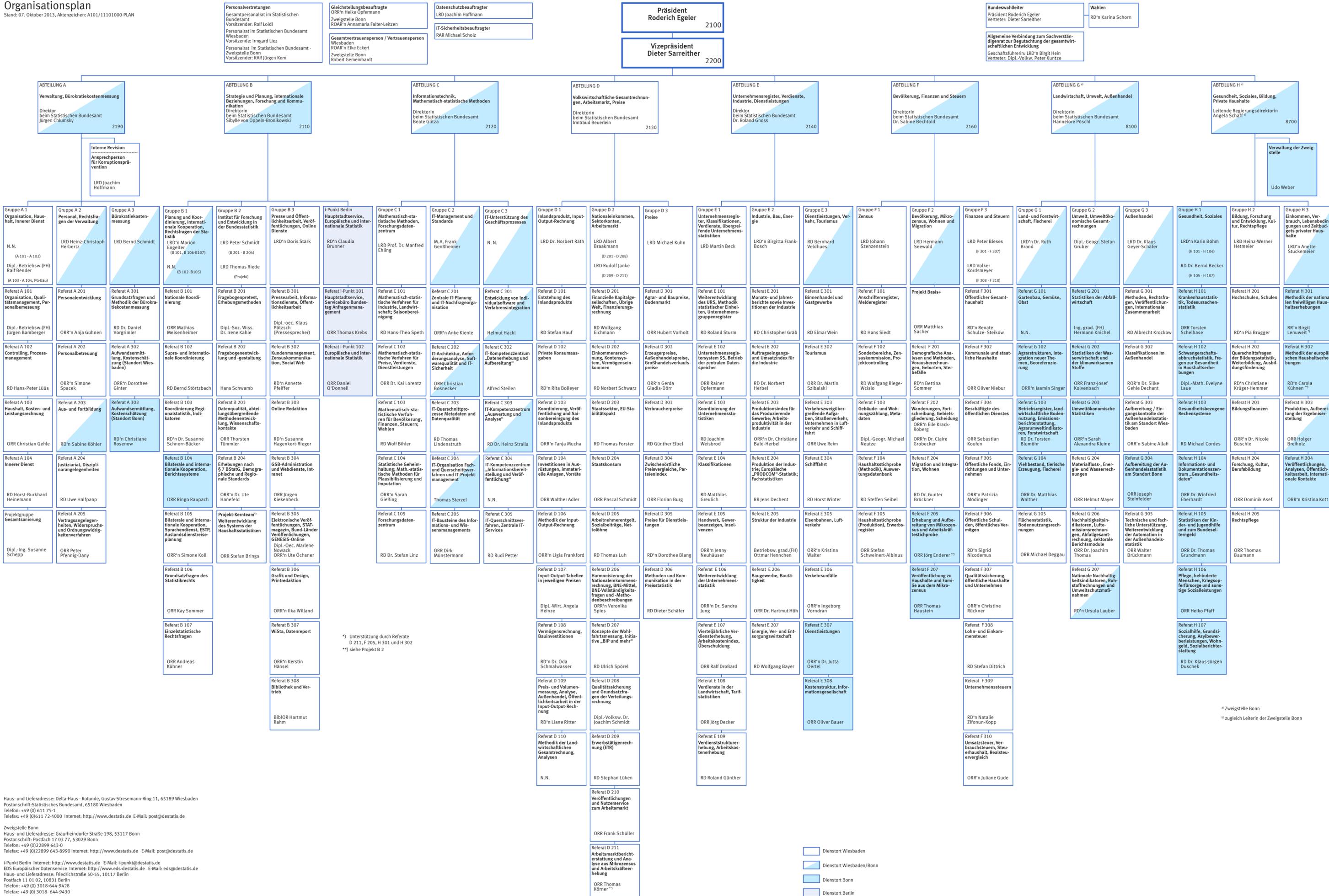
Juli 2013 bis März 2014

Termin	Ort	
6. November	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
6./7. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
7. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Bevölkerungsvorausberechnungen“
12./13. November	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
13./14. November	Erfurt	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
13./14. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
13./14. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
13./14. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
19./20. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
26./27. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
4./5. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
18. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
28./29. Januar	Wiesbaden	Fachausschuss „Handels- und Dienstleistungsstatistiken“
19./20. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
11./12. März	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
25./26. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
26./27. März	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
Ende März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“

Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Organisationsplan

Stand: 07. Oktober 2013, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden

Zweigstelle Bonn Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

i-Punkt Berlin Internet: http://www.destatis.de E-Mail: i-punkt@destatis.de

- Legend for office locations: Dienstort Wiesbaden, Dienstort Wiesbaden/Bonn, Dienstort Bonn, Dienstort Berlin